

Horch, wer kommt von draußen rein?

STREITBAR: Deutschland ist ein Eldorado für Wohnungsdiebe. Zahlen die Betroffenen den Preis für die grenzenlose EU?, fragt sich Wolfgang Bok.

ROSTOCK Die Stuttgarter Polizei ist mächtig stolz auf den Marketing-Gag: Auf einer Straßenbahn warnt sie die Bürger vor Einbrüchen in der dunklen Jahreszeit. So wie man die Deutschen regelmäßig daran erinnert, dass im Winter Schnee fallen kann und Reifen mit griffigem Profil erforderlich sind. Der Einbruch als Naturereignis. Hinzunehmen wie Hagelschlag oder Eisregen.

Sind wir schon so abgestumpft? Alle vier Minuten werden irgendwo in Deutschland Fenster oder Türen aufgehebelt, werden Einrichtungen verwüstet und Wertgegenstände geraubt. Steigerungsrate in den letzten fünf Jahren: plus 50 Prozent. Auch die Schadenssummen steigen. Nicht nur wegen der Fallzahlen, sondern weil „sich in immer mehr Haushalten teure elektronische Geräte wie Laptops oder Smartphones befinden“, wie Jörg von Fürstenwert erläutert. Der Vorsitzende der Deutschen Versicherungswirtschaft GDV errechnet für 2012 eine Steigerung der jeweiligen Schadenssumme um zehn Prozent auf 3300 Euro. Macht zusammen für das vergangene Jahr 470 Millionen Euro. Auch das ein trauriger Rekord, für den letztlich alle Versicherten über höhere Prämien aufkommen müssen. Dieses Jahr wird es erneut teurer.

Verlust und Angst

Doch die Leidtragenden verlieren mehr als Hab und Gut. Das gewaltsame Eindringen in eine fremde Wohnung ist kein Bagatelldelikt. Es ist eine folgenschwere Verletzung der Privatsphäre. „Geraubt wird damit auch Geborgenheit“, verdeutlicht der Kriminologe Christian Pfeifer (SPD) die Dimension. Nicht selten sind die Betroffenen traumatisiert – und verlieren den Glauben an den Rechtsstaat, der den Schutz des Eigentums nicht garantieren kann und damit seine Hauptaufgabe verfehlt. So schleicht sich Angst in das eigene Heim. Jedes Knacken wird sorgenvoll registriert. Die innere Ruhe ist dahin.

Statt Sicherheit bekommt der Bürger wohlfeile Ratschläge. Beamtete Aufklärer reisen durch das Land und beraten die Bürger, wie sie Türen, Fenster und sonstige Öffnungen mit teuren Beschlägen besser gegen „ungebetene Besucher“ sichern können. Es gibt neuerdings sogar einen „Präventionstag des Einbruchschutzes“ (27. Oktober). Und wehe, ich lasse das Fenster bei Abwesenheit gekippt – dann lade ich Kriminelle geradezu ein, bei mir zu holen, was es zu verwerten ist. Die Versicherung lastet mir eine Mitschuld an. Frei nach dem Motto: Diebstahl gehört zum Lebensrisiko. Nicht der Täter ist Schuld, sondern das Opfer. Warum ist es auch so blöd, das Eigentum nicht mit Gittern zu schützen. Die ach so Verständnisvollen sehen dies sogar als eine Art Umverteilung: Von den gehobenen Wohnvierteln im Deutschland zu denen, die sich ihren Lebensunterhalt durch Beutezüge verdienen müssen. Das ist Zynismus pur.

Wenn sich irgendwo im Land eine Handvoll Neonazis zusammenrotten, ist die Polizei sogleich mit einer Hundertschaft präsent und der jeweilige Innenminister beruft eilig eine Pressekonferenz ein, um „vor der Gefahr von Rechts“ zu warnen. Das hat sicher seine Berechtigung. Doch dass wir inzwischen zum „Eldorado für Einbrecher“ aufgestiegen sind, wie der Bund Deutscher Kriminalbeamter über die eigene Machtlosigkeit klagt, erregt kaum noch jemand. Entsprechend gering ist die Aufklärungsquote. Sie liegt bundesweit bei gerade mal 15,7 Prozent (Daten für 2012).

Gefahr im Norden

In Schleswig-Holstein sinkt die Erfolgsquote sogar auf kümmerliche 11,3 Prozent. Das heißt: In neun von zehn Fällen bleiben die Täter unerkannt und straflos. Das ist auch deshalb erschreckend, weil im Land zwischen den Mee-



ren besonders häufig eingebrochen wird: Auf 100 000 Einwohner kommen hier 269,7 registrierte Delikte. Das ist ein unrühmlicher Spitzenwert. Zum Vergleich: Bundesweit verzeichnet die Polizeiliche Kriminalstatistik unter der Rubrik „435 000 Wohnungseinbruchsdelikte nach Paragraf 244“ eine Relation von 176,1 Wohnungseinbrüchen auf je 100 000 Einwohner.

Erfolg in Schwerin

In Mecklenburg-Vorpommern ist das Risiko, im eigenen Heim Opfer von Diebesbanden zu werden, etwa um den Faktor drei geringer. 1413 gemeldete Fälle entsprechen hier einer Relation von 86,4 zu 100 000. Mit 33,1 Prozent wird sogar jeder dritte Fall (2012: 1413 Wohnungseinbrüche) aufgeklärt. Damit liegt Schwerin sogar deutlich vor den Südländern, die sich viel auf ihre Sicherheitslage zugute halten. In Baden-Württemberg liegt die Gefahrequote zwar auch „nur“ bei knapp 80 zu 100 000. Doch mit 12,7 Prozent ist Aufklärungsrate ebenfalls dürftig. Zudem wird im Süden entlang der Autobahnen in jüngster Zeit ein starker Anstieg bei den Diebstahlsdelikten verzeichnet: Plus 36 Prozent allein bis Oktober 2013. Besonders begehrt bei Dieben sind – neben den „Kriminalitätshochburgen Berlin und Hamburg – auch das Saarland (plus 22 Prozent gegenüber 2011), Niedersachsen (23,4) und Brandenburg (25,9). Es sind Dokumente des Versagens.

Doch selbst wenn Täter eher zufällig gefasst werden, ist die Beweisführung schwierig und die Strafe alles andere als abschreckend. Ein langjähriger „Gefängnisdirektor“ verrät mir unlängst: „Für die ist unser Knast doch wie ein Hotel. Oft besser als die Unterkunft zu Hause.“ Das sagt der Beamte allerdings nur im vertraulichen Gespräch. Einmal hat er es gewagt, öffentlich Ross und Reiter zu benennen – und dann „von oben“ so viel Druck bekommen, dass er über Aufforderungen zur Zivilcourage nur lachen kann. Diese Erfahrung mache ich bei den Ermittlungen zu diesem Standpunkt ständig: Die Ermittler sind peinlichst darauf bedacht, nur ja „nichts Falsches“ zu sagen. Zumal wenn man nach Hintergründen und Tätergruppen fragt. Dann beschleicht die Sicherheitsbehörden große Unsicherheit.

Wohlthuend hebt sich davon Ronald Buck ab, der für die Kriminalbeamten in Mecklenburg-Vorpommern kein Blatt vor den Mund nimmt: „Unsere Politiker sind eher bemüht, die Kritiker zu beschwichtigen und die Probleme kleinzureden. Stattdessen wird den Bürgern purem Aktionismus Sicherheit vorgegaukelt.“ Präventions-Veranstaltungen ersetzen eben keine Streifengänge. „Das ist regelrechte Bürgerbespaltung“, klagt Buck, der selbst schon den „Druck von Oben“ zu spüren bekommen hat und zwangsversetzt wurde.

Ab und an lässt es sich nicht ganz vermeiden, den Bürgern doch etwas über die Täter mitzuteilen. Dann ist ominös von „osteuropäischen Banden“ die Rede. Der Hinweis auf „ethnische Gruppen“ schrammt schon knapp an der Diskriminierung vorbei und wird streng geahndet als der Diebstahl selbst. Vordergründig erwecken die Daten den Eindruck, als beklauten sich die Deutschen vornehmlich selbst. Doch wenn bei 84 Prozent der Delikte kein Täter festgestellt werden kann, ist die Statistik wenig aussagekräftig. Wer sind diese Personen? Sind sie längst außer Landes, wenn die Tat entdeckt wird? Sind sie Teil jener russisch-eurasischen Banden, vor denen der Chef des Bundeskriminalamtes, Jörg Ziercke, vergangene Woche auf einer internen Sitzung gewarnt hat und deren Zahl er in Deutschland auf „40 000 bis 50 000 Mitglieder“ veranschlagt? Offiziell will das BKA dazu keine Auskunft geben. Man arbeite an einem „Lagebericht“.

Spur nach Süden

Wer in die umfangreichen polizeilichen Statistiken fahndet, findet indes doch Spuren, die zu den Tätern führen können. Unter der Rubrik „nichtdeutsche Täter“ werden als Herkunftsländer besonders häufig genannt: Türkei, Serbien, Polen, Bosnien und Herzogovina, Bulgarien, Kosovo, Syrien und Litauen. Wer allerdings einen deutschen Pass besitzt, zählt auch als deutscher Täter. „Migrationshintergründe verzeichnen wir nicht“, erläutert das BKA. Man gibt sich zugeknöpft.

Für prominente Deutsche gilt diese Verschwiegenheit hingegen nicht. Eine anonyme Anzeige gegen einen Politiker oder Manager genügt, und die Person wird namentlich an den öffentlichen Pranger gestellt. Derzeit eignen sich die

Vorwürfe „Steuerhinterziehung“ oder „sexuelle Belästigung“ besonders gut zur Rufschädigung. Hier scheuen sich die Medien, die das Thema Ausländerkriminalität nur mit spitzen Fingern anfassen, nicht, die Beschuldigten mit Daten und Foto zu nennen. Dagegen hat selbst der Presserat, der sich als Organ der medialen Selbstkontrolle versteht, selten etwas einzuwenden. Wehe aber, bei einem Täter wird die Nationalität genannt! Dann setzt es Rügen. Der Journalistik-Professor Horst Pöttker fordert deshalb: „Schluss mit der Selbstzensur. Journalisten müssen die Herkunft von Straftätern benennen dürfen.“ Der Dortmunder Hochschullehrer zitiert Ingeborg Bachmann: „Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar.“

Freier Markt

Wie so oft ist auch hier das gut gemeinte das Gegenteil von gut. Denn die Verschleierung schürt erst recht Vorurteile. Ist es nicht diskriminierend, wenn Rumänien, Bulgarien oder Polen pauschal als Hort von Diebesbanden genannt werden, nur weil dort einzelne Clans ihr Unwesen treiben? Wer die Ursache nicht benennt, kommt auch der Lösung nicht nahe. So wird Datenschutz zum Täterschutz. Ich jedenfalls würde auch an innereuropäischen Grenzen gerne meinen Pass zeigen, um gegen „reisende Tätergruppen“ besser geschützt zu sein. Deswegen wird die Europäische Gemeinschaft noch lange nicht in ihren Grundfesten erschüttert. Aber merkwürdig: Selbst wenn Autos gleich reihenweise aufgebrochen oder gestohlen werden, wird auch dies als Naturereignis hingenommen. Fernseherteams filmen riesige „Auto- und Ersatzteilmärkte“ in Polen. Händler bieten ganz offen für alle Marken so gut wie alles an: Vom Airbag bis zum (fast) neuen Zahnriemen. Doch merkwürdig: Es passiert wenig bis nichts. Ermittlungen dauern ewig oder verlaufen im Sande. Selbst die Hersteller, die ihre Wagen mit feinsten Technik vollstopfen, geben sich machtlos. Auch ja: Diebstahlopfer sind mögliche Kunden.



Wolfgang Bok setzt sich streitbar mit gesellschaftlichen Themen auseinander. Ihre Meinung zur Meinung an: chefredaktion@svz.de